

Sabine Zimmermann, MdB / Ulla Lötzer, MdB

01.07.2009

### Positionspapier zu Arcandor

#### **Arcandor in der Insolvenz**

Die Arcandor Holding hat für ihre Gesellschaften Insolvenzanträge gestellt, allein Thomas Cook, HSE24 und der Primondo Spezialversand sind ausgenommen. Damit sind rund 43.000 Beschäftigte direkt von der Insolvenz betroffen. Darüber hinaus etwa 3000 bei der Post sowie Tausende, die in den Lebensmittelabteilungen und anderen Bereichen in den Karstadthäusern arbeiten. Es ist momentan nicht absehbar, was am Ende des Insolvenzverfahrens von Arcandor übrig bleiben wird. Wahrscheinlich ist die Zerschlagung des Konzerns, d.h. das Herauspicken rentabler Bereiche zu Schnäppchenpreisen. Metro hat bereits Interesse an 60 der 90 Warenhäuser angemeldet. Wohnungsgesellschaften wollen die Immobilien ausschachten.

Tausende von Arbeitsplätzen und die tariflichen Arbeitsbedingungen sind gefährdet, einigen Innenstädten droht die Verödung. Die Insolvenz ist keine Lösung für die Beschäftigten und vor allem löst sie nicht die grundlegenden Probleme im Einzelhandel.

Minister zu Guttenberg macht sich zum Interessensverwalter von Metro, der Konzentration im Einzelhandel, Immobilienhaien, der Arbeitsplatzvernichtung und von Angriffen auf die Arbeitsbedingungen.

Unabhängig davon ist es im Interesse der Beschäftigten und des Ziels, sich in die Debatte für einen fairen und nachhaltigen Einzelhandel einzubringen, wichtig, dass DIE LINKE sich in das Insolvenzverfahren einmischt:

#### **Die konkreten Forderungen der Fraktion DIE LINKE in der Insolvenz:**

Im Insolvenzverfahren steht bisher der Gläubigerschutz an erster Stelle. Deshalb tritt die LINKE dafür ein, im Insolvenzverfahren die Sanierung und die Beschäftigungssicherung an oberster Stelle zu verankern.

- **Mitbestimmung für die Beschäftigten:** Im Insolvenzverfahren wird die Mitbestimmung ausgehebelt. DIE LINKE fordert, die Mitbestimmung im Insolvenzverfahren zu stärken, damit die Arbeitsplatzsicherung höheres Gewicht gegenüber der Bedienung der Gläubigerforderungen erhält. Im Insolvenzrecht muss eine erzwingbare Mitbestimmung für die Sanierungspläne eingeführt werden.
- **Runde Tische Einzelhandel:** In den Kommunen müssen „Runde Tische“ zum Zukunft des Einzelhandels vor Ort eingerichtet werden. An diesen „Runden Tische“ müssen die betroffenen Länder, die Kommunen, der Einzelhandel, die Beschäftigten, die Verbraucher und die regionalen Erzeuger einbezogen werden. Die Entwicklung der Kommunen hängt stark davon ab, inwieweit ein attraktives Angebot von Dienstleistungen auch im Einzelhandel geboten werden kann. Für die Kommunen mit Karstadt-Standorten bedeutet dies Konzepte zum Erhalt der Standorte zu entwickeln. Über LändervertreterInnen sollen diese ins Insolvenzverfahren eingebracht werden können.

#### **Die Insolvenz von Arcandor hätte verhindert werden können.**

Doch die Bundesregierung hat entschieden, den Konzern Pleite gehen zu lassen. Das hat wenig mit der konkreten Situation des Konzerns und viel mit der Ideologie der handelnden Regierungsmitglieder zu tun. Minister zu Guttenberg hätte schon Opel vor die Wand laufen lassen wollen. Nun soll Schluss sein mit dem staatlichen Engagement in der Wirtschaft. Ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie sollen nicht staatliche Maßnahmen, sondern die Kräfte des Marktes den Weg aus der Krise weisen. Eine „Marktbereinigung“ soll zur Stärkung und Herausbildung eines „nationaler Champions“ führen, der dann wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt ist. Wie viele Menschen auf diesem Weg arbeitslos werden und auf der Strecke bleiben ist diesen neoliberalen Ideologen egal. Dass damit die Politik, die in die Krise geführt hat, weiterbetrieben und der Grundstein für die nächste Krise gelegt wird, ebenfalls.

Aber auch die Insolvenz gibt es nicht zum Nulltarif für die Allgemeinheit. Da verpufft das Gerede vom „Sachwalter der Steuerzahler“ ganz schnell. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit kostet ein Arbeitsloser die Allgemeinheit im Durchschnitt<sup>1</sup> 19.700 €/Jahr, pro 10.000 Arbeitslose also 197 Mio. Euro.

In Bayern gehen die Uhren immer noch anders. Während der CSU-Vertreter auf Bundesebene Bürgschaften kategorisch ausschließt, hat die bayerische Landesregierung einen Staatskredit für den Druck des Quelle-Kataloges durchgesetzt. Kein Wunder, die meisten der 10.000 Quelle-Beschäftigten arbeiten in Bayern. Die benötigten 50 Mio. Euro werden zur Hälfte vom Bund, zur Hälfte von Bayern und Sachsen gezahlt.

#### **Die Fraktion DIE LINKE fordert:**

- Staatshilfen ja, aber nur gegen Beteiligung, Mitspracherechte und Arbeitsplatzsicherung. Das gilt auch für eventuelle Kredite für die Sanierung von Arcandor.
- Staatshilfen dürfen den Status quo nicht zementieren. Sie dürfen nicht in die Säcke der Immobilienfonds und der Vorstände fließen sondern müssen zur Umgestaltung zu einem fairen und nachhaltigen Einzelhandel genutzt werden.

#### **Mietgeschäfte: Schamlose Bereicherung auf Kosten der Beschäftigten**

Im Jahr 2003 wurden fünf Immobilien des Konzerns an den Oppenheim-Esch-Fonds für nur 100 Mio. Euro verkauft. An dem Fonds beteiligt sind neben Josef Esch und dem Chef der Sal.Oppenheim Bank Graf von Krockow unter anderem der Ex-Arcandor-Chef Thomas Middlehoff und seine Frau Cornelia, die Kunstsammlerin Claudia Oetker, Bo-Frost-Gründer Josef Boquoi, Maxdata-Gründer Holger Lampatz (2006 und 2007 Aufsichtsrat von KarstadtQuelle) und die Münchner Privatbankiers Wilhelm von Finck jun. und sen.

Für München betrug die Garantiemiete an den Oppenheim-Esch-Fonds 23,2% vom Umsatz, für Leipzig 19,6%, für Potsdam 16,4% und für Karlsruhe 14,5%. Laut Experten kann ab einem Anteil von 10% am Umsatz die Miete jedoch nicht mehr erwirtschaftet werden.

Von 2006 bis 2008 wurden die restlichen 165 Immobilien an ein Konsortium aus Goldman Sachs, Deutsche Bank, Pirelli Real Estate, Generali Real Estate Fund S. A. und der Borletti Group verkauft. Auch hier sind Mieten überhöht.

Das heißt, die Eigner der Fonds saugen die Gewinne der Häuser ab und helfen mit, diese in den Ruin zu treiben. Und während die VerkäuferInnen seit 2008 infolge eines „Zukunftspakets“, das der Vorstand von Arcandor mit den Gesamtbetriebsräten und der Gewerkschaft Verdi ausgehandelt hat, auf einen Teil ihres eh schon niedrigen Lohnes verzichten, erhielt Herr Middlehoff beim Ausscheiden aus dem Konzern 2,3 Mio. Euro und Oppenheim verlässt das sinkende Schiff.

#### **Die Fraktion Die LINKE fordert:**

- Vorstand und Aufsichtsrat müssen für diese geschäftsschädigenden Mietverträge zur Rechenschaft gezogen werden.
- Im Rahmen des Insolvenzverfahrens sind die Mietverträge sofort zu kündigen mit dem Ziel, Konditionen auszuhandeln, die den Weiterbestand der Unternehmen sichern.
- Abfindungen sollten nur bis zu einer Höhe von einer Million Euro pro Empfänger beim zahlenden Unternehmen steuerlich geltend gemacht werden können. Dadurch werden hohe Abfindungszahlungen beim Unternehmen verteuert.
- Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer von 5 Prozent.

#### **Grundproblem: Schwache Kaufkraft – fehlende Binnenachfrage**

Zweifeltypische Immobiliengeschäfte des Managements sind jedoch nur ein Teil der Misere. Seit Jahren liegt der Einzelhandel in Deutschland am Boden, Umsätze stagnieren. Maßgeblich dafür ist die falsche Politik der letzten Jahre, die eine Spirale nach unten in Gang gesetzt hat. Hartz IV und Niedriglöhne führen zu

---

<sup>1</sup> Durchschnitt aus ALG I, ALG II und ohne Leistungsbezug.

minimalen Haushaltseinkommen Die Menschen können nur noch bei Billigläden wie Aldi und KiK ihre Grundbedürfnisse wenigstens teilweise decken. Wenn ein T-Shirt für 1,- Euro verkauft wird können jedoch weder die NäherInnen noch die VerkäuferInnen einen anständigen Lohn erhalten. Mit weiteren Gesetzeslockerungen wie die Liberalisierung der Ladenschlussöffnungszeiten wurde der brutale Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel verschärft. Die Warenhäuser trifft dies besonders. Sie haben im Gegensatz zu vielen Billigketten und Shopping-Centern noch mehr Personal für die Kundenberatung und es gibt von der Gewerkschaft erkämpfte Tarifverträge. Profiteure dieses Dumpingwettbewerbs sind die Discounter. Allein auf 55 Milliarden Euro wird das Vermögen der Besitzer von Aldi (Gebrüder Albrecht) und von Lidl (Dieter Schwarz) geschätzt. Soll im Einzelhandel nicht nur noch das Prinzip „Hautsache billig“ zählen, müssen Läden wie Karstadt und seine Arbeitsplätze erhalten bleiben.

### **Die Fraktion DIE LINKE fordert eine Stärkung der Binnennachfrage:**

- Die Spirale nach unten muss durchbrochen werden. Der Hungerlohn- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 10,- Euro. Weiterhin fordern wir die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 Euro und eine Anhebung der Rente. Allein diese drei Maßnahmen würden die Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt um ca. 30 Mrd. Euro erhöhen.
- Investitionsprogramme, Sicherung von Industriearbeitsplätzen und mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst würden die Arbeitslosigkeit verringern und gesellschaftlichen Wohlstand und Kaufkraft sichern.

### **Neue Rahmenbedingungen im Einzelhandel**

Trotz stagnierender Umsätze lässt es sich durch Massenumschläge im Einzelhandel viel Geld verdienen. Die Unternehmensgewinne im Einzelhandel sind von 2000-2008 um ca. 60% gewachsen und lagen 2007 bei 18 Mrd. Euro. Hintergrund ist ein enormer Verdrängungs- und Dumpingwettbewerb, von dem einige wenige Handelsketten bzw. ihre Eigner profitiert haben. Leidtragende sind die Beschäftigten, Lieferanten und Zulieferer. Die Warenhäuser trifft der Dumpingwettbewerb besonders (ihr Marktanteil hat sich in den vergangenen 15 Jahren von sechs auf drei Prozent halbiert). Sie haben im Gegensatz zu vielen Billigketten und Shopping-Centern noch mehr Personal für die Kundenberatung und es gibt von der Gewerkschaft erkämpfte Tarifverträge. Wenn über verändertes Einkaufsverhalten gesprochen wird, darf nicht vergessen werden: Die Handelsketten in den verschiedenen Warenbereichen (Elektronik, Textil, etc.) wie auch die Shopping-Center, die in den letzten Jahren expandiert sind, kalkulieren alle auf deutlich niedrigem Kostenniveau. Die Folge: niedrigere Löhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und oftmals härtere Bedingungen für die Zulieferer und Lieferanten. Ohne diese „Wettbewerbsvorteile“ wäre es niemals zu dem geschilderten Verdrängungswettbewerb gekommen.

### **Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE:**

- Wiedereinführung eines bundeseinheitlichen Ladenschlussgesetzes, um Wettbewerb zwischen kleinen Händlern und großen Einkaufszentren sowie zwischen den Bundesländern stärker zu regulieren.
- Neugestaltung der gesetzlichen Grundlagen zur Gewerbeansiedlung wie z.B. der Baunutzungsverordnung um einen Wildwuchs auf der Grünen Wiese zugunsten der Innenstadtzentren einzuschränken.
- Preisbindung (GWB) und Rabattgesetz (UWG) gegen Preisdumping.
- Kartellgesetzgebung (GWB) für faire Vertragsgestaltung zwischen Zuliefern und Handel
- Neuausrichtung der Förderpolitik: 40 bis 50 Millionen Euro Wirtschaftssubventionen fließen jährlich in die Branche des Einzelhandels. An die Vergabe dieser Gelder sind soziale Kriterien zu knüpfen: Nicht nur bezüglich der geschaffenen Arbeitsplätze und Zulieferbedingungen, sondern auch auf die Frage, wie sich Neuansiedlungen oder Modernisierung auf die Kommunen und das innerstädtische Leben auswirken.
- Über das aktuelle Problem von Karstadt hinaus sollten in den Kommunen Runde Tische mit Einzelhandelsvertretern, Gewerkschaften, Verbraucherschutzverbänden, regionalen Erzeugern und kommunalen Vertretern zur Innenstadtpolitik gebildet werden. Ziel muss es sein, Innenstädte und Stadtteilzentren als Handelsstandorte zu erhalten und zu stärken.